

UNRWA-Direktor: „Ich wünsche mir, dass die deutsche Regierung das Richtige tut.“

Daniel Brössler, Sina-Maria Schweikle

Süddeutsche, 4.6. 2025: <https://www.sueddeutsche.de/politik/interview-sam-rose-unrwa-israel-sanktionen-gaza-hilfe-li.3263588>

Martin Breidert
Beueler Kreuz 1
53604 Bad Honnef
02224-9118059
Martin.breidert@gmx.de

Der Direktor des Hilfswerks UNRWA in Gaza wirbt in Berlin für mehr und effektivere Hilfen für die Palästinenser in Gaza. Eines Tages werde sich die Welt fragen: „Was hätten wir machen können, und warum haben wir es nicht getan?“

„Ich rechne nicht damit, dass ich in naher Zukunft nach Gaza zurückkehren darf“, sagt Sam Rose. Der Direktor des Hilfswerks der Vereinten Nationen für [Palästina](#)-Flüchtlinge ([UNRWA](#)) in Gaza ist gerade in Berlin, um die deutsche Politik für die katastrophale Situation der Zivilbevölkerung im [Gazastreifen](#) zu sensibilisieren. Er war lange dort und hat mit eigenen Augen gesehen, wie die israelische Kriegsführung das Leben der Menschen erschüttert.

SZ: Herr Rose, wie lange waren Sie im Gazastreifen und welche Eindrücke haben Sie mitgenommen?

Sam Rose: Ich war von Januar 2024 bis Ende März 2025 dort. In dieser Zeit gab es einen Waffenstillstand, dessen Ende sowie die Blockade von Hilfsgütern. Als wir Ende März abreisen mussten, weil unsere Visa von israelischen Behörden nicht verlängert werden würden, hatte sich die Situation noch weiter verschlechtert. Alles kam zum Stillstand, die Menschen im Gazastreifen stehen unter Druck und verlieren die Hoffnung – sie machen sich Sorgen um die Zukunft.

Wie informieren Sie sich seit Ihrer Abreise über die Situation?

Ich habe heute Morgen mit meinen Kollegen vor Ort gesprochen. Wir haben 12 000 Mitarbeiter dort, mit denen wir im ständigen Austausch sind. Damit haben wir ein klares Bild von der Lage, aber angesichts der verheerenden Lage sowie der vielen Gerüchte darüber, wie es weitergeht, herrscht große Unsicherheit. Es gibt keine funktionierende Infrastruktur mehr und die Menschen hungern. Ihr Unterhalt beschränkt sich auf eine Kiste mit Lebensmitteln, für die viele einen beschwerlichen Weg auf sich nehmen oder gar ihre Heimat verlassen müssen.

Teilen Sie den Vorwurf, dass [Israel](#) das Völkerrecht bricht?

Seit Kriegsbeginn wurden rund 16 000 Kinder getötet. Ich finde, das spricht für sich. Außerdem zwingt die neue Lebensmittelverteilung die Menschen zum Umzug, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Nicht nur die Vereinten Nationen und UNRWA, sondern auch die Zivilgesellschaft, das Internationale Rote Kreuz, der Palästinensische Rote Halbmond und im Grunde jede NGO auf diesem Planeten sagen das Gleiche. Ich bin kein Jurist, aber verschiedene Anwälte haben sich dazu geäußert. All das rechtfertigt zumindest unabhängige Untersuchungen.

Seit Ende Mai ist die Gaza Humanitarian Foundation für die Ausgabe der Lebensmittel verantwortlich. Sie gibt an, in der ersten Woche sechs Millionen Mahlzeiten verteilt zu haben. Kann das stimmen?

Ich weiß nicht, wie viele Mahlzeiten sie verteilt haben. Nach dem, was ich gesehen habe, wirkten die Kisten aber ziemlich dürftig. Sicher ist, dass es keinen Mechanismus gibt, der garantiert, dass diese Mahlzeiten alle Menschen erreichen. Eine ältere Frau ist vielleicht nicht in der Lage, den beschwerlichen Weg zu einer der drei Ausgabestellen auf sich zu nehmen, um das Lebensmittelpaket abzuholen. Das System lädt aber auch dazu ein, es auszunutzen. Wenn eine Familie mit fünf 20-jährigen Söhnen Lebensmittel abholt, erhält sie fünf Lebensmittelpakete.

Was hat die UNRWA anders gemacht?

Wir haben einen robusten, sorgfältig überwachten und kontrollierten Prozess für die Verteilung von Lebensmitteln. Damit haben wir während der Waffenruhe noch 75 Millionen Mahlzeiten pro Woche verteilt. Dies gilt sowohl für die UNRWA als auch für das Welternährungsprogramm. Die Menschen werden registriert und erhalten eine Benachrichtigung, wenn ihre Lebensmittel bereitstehen. Die Lebensmittelpakete, die sie erhalten, richten sich nach der Größe ihrer Familie, und sie können sie an einem unserer etwa 100 Verteilungsstellen abholen. Der Prozess ist sehr geordnet und würdevoll. Wir haben ihnen auch nicht nur Lebensmittel gegeben, sondern auch Hygieneartikel, Windeln, Damenhygieneartikel, Kinderkleidung und Schuhe. Alles, was wir zur Verfügung haben.

Nach israelischen Angaben stiehlt die Hamas Lebensmittel aus UNRWA-Beständen, um sie dann teuer zu verkaufen.

UNRWA macht seine Arbeit seit 75 Jahren in Gaza. Nach meinem Kenntnisstand gab es in all den Jahren keinen einzigen solchen Zwischenfall. In Gaza lebt eine Bevölkerung, die von Massenhunger betroffen ist und am Rande einer Hungersnot steht. Wir haben keine Beweise dafür, dass die Hamas im Laufe des Konflikts Lebensmittel in großem Umfang geplündert hat. Wir haben die israelische Regierung wiederholt um Beweise dafür gebeten. Es wurden keine vorgelegt. Und wer sagt, dass mit dem neuen Mechanismus keine Lebensmittel in die Hände der Hamas gelangen?

Noch Mitte Mai hoffte der deutsche Außenminister bei seinem Antrittsbesuch in Israel, dass die neue Verteilung die Situation verbessert. Jetzt kritisiert die neue Bundesregierung die israelische Regierung scharf. Reicht Ihnen das?

Es besteht eine Diskrepanz zwischen rhetorischer Empörung und straffreier Politik, obwohl verschiedene Instrumente eingesetzt werden könnten. Positiv ist, dass sie zumindest in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Aber wenn man in Gaza hungert, geschieht nichts davon schnell genug, um das eigene Leben oder die eigenen Aussichten zu verbessern.

Welche Instrumente gäbe es Ihrer Meinung nach?

Ich bin Brite. In Großbritannien gibt es derzeit Proteste auf den Straßen, bei Fußballspielen und von Rap- und Rockbands. Es gibt aber Sanktionsmöglichkeiten oder etwa den Internationalen Strafgerichtshof mit all seinen Instrumenten, die nach dem Holocaust geschaffen wurden. Die Menschen leiden, das Geld geht zur Neige, Hilfe ist notwendig. Am Ende muss ich Deutschland auch fragen, wie es möglich ist, dass deutsche Hilfslieferungen in Millionenhöhe an der Grenze zu Gaza stehen und nicht zu den Menschen gelangen.

Was erwarten Sie jetzt von der deutschen Regierung?

Ich wünsche mir, dass die deutsche Regierung das Richtige tut und erkennt, dass Untätigkeit Konsequenzen hat, die uns noch lange Zeit beeinflussen werden. Natürlich verstehen und schätzen wir alle die einzigartige historische Verantwortung Deutschlands in Bezug auf all dies. Aber wir werden in künftigen Generationen auf Gaza zurückblicken und denken: Was hätten wir machen können, und warum haben wir es nicht getan?

Dem UNRWA wird immer wieder vorgeworfen, von der Hamas unterwandert zu sein. Eine unabhängige Untersuchung hat das nicht bestätigt, dennoch hat Israel das Hilfswerk auf seinem Staatsgebiet ab 2025 verboten. Wie können Sie sicherstellen, dass es keine Hamas-Mitglieder im UNRWA gibt?

Wir arbeiten in einem sehr komplizierten politischen Umfeld. Wir verfügen über robustere Mechanismen als jede andere UN-Organisation. Catherine Colonna, die ehemalige französische Außenministerin, die diese Untersuchung geleitet hat, teilt diese Ansicht. Wir geben seit Jahren alle Daten unserer Mitarbeiter an die israelischen Behörden und andere Behörden in der Region weiter. Diejenigen, gegen die Vorwürfe erhoben wurden, haben wir entlassen.

Was macht Ihnen in dieser Situation Hoffnung? Immerhin arbeiten ihre Kollegen weiter, zum Beispiel in der Gesundheitsversorgung.

Es ist die Tatsache, wie diese Menschen weitermachen. Trotz alledem, was sie durchgemacht haben. Allein von unserem Personal wurden 313 Mitarbeiter getötet. Und obwohl viele Kollegen ausgebrannt, erschöpft, gedemütigt, verängstigt und hungrig sind, machen sie weiter, um den Menschen zu helfen.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/interview-sam-rose-unrwa-israel-sanktionen-gaza-hilfe-li.3263588>